

Politik in Bayern

AfD nimmt Zehntausende deutscher Staatsbürger ins Visier

25. September 2025, 16:20 Uhr | Lesezeit: 2 Min.



Fraktionsvorsitzende Katrin Ebner-Steiner – hier bei einer Landtagssitzung – stellte das Ergebnis der AfD-Klausur vor, die im österreichischen Tirol stattfand.
(Foto: Michael Lucan/SZ Photo)

Die bayerische Landtagsfraktion fordert einen Quasi-Stopp von Einbürgerungen. Menschen, die in den vergangenen Jahren den deutschen Pass erhalten haben, sollen überprüft werden.

Von Thomas Balbierer

▶ Artikel anhören

Merken Teilen Feedback Drucken

Die bayerische AfD-Fraktion hat ihre Herbstklausur in dieser Woche unter Ausschluss der Öffentlichkeit in Österreich abgehalten. Am Donnerstag präsentierte sie auf einer Pressekonferenz im Landtag ihre Positionen, die eine Reihe von Provokationen enthalten. „Die AfD fordert eine Einbürgerungsobergrenze von 500 Personen pro Jahr“, sagte Fraktionschefin Katrin Ebner-Steiner, was quasi einem Einbürgerungsstopp entsprechen würde. Allein im vergangenen Jahr erhielten laut offizieller Statistik 54 500 Menschen in Bayern den deutschen Pass. Die Zahlen haben sich seit 2014 vervierfacht, unter anderem durch Erleichterungen im Staatsangehörigkeitsrecht.

„Es kann nicht sein, dass unsere Staatsbürgerschaft verschleudert wird“, sagte die Fraktionsvorsitzende. Man wolle zurückkehren zum sogenannten Abstammungsprinzip. Deutscher soll demnach nur werden können, „wer von deutschen Personen abstammt“ oder der Wirtschaft nutzt. Der Freistaat, so eine weitere Forderung, solle alle Einbürgerungen seit 2015 „vollumfänglich“ überprüfen und gegebenenfalls aberkennen. Wer seit 2022 eingebürgert wurde, solle zudem seine Sprachprüfung wiederholen müssen.

SZ Bayern auf Whatsapp

Nachrichten aus der Bayern-Redaktion – jetzt auf Whatsapp abonnieren



Von Aschaffenburg bis Berchtesgaden: Das Bayern-Team der SZ ist im gesamten Freistaat für Sie unterwegs. Hier entlang, wenn Sie Geschichten, News und Hintergründe direkt aufs Handy bekommen möchten.



Die AfD wittert massenhaften Betrug bei den Sprachtests, ohne dafür weitere Erkenntnisse zu haben. Zuletzt waren Fälle bekannt geworden, in denen Betrüger Sprachzertifikate für Einbürgerungen gefälscht und online angeboten haben sollen. Die Polizei ermittelt. Ob und in wie vielen Fällen es auf Grundlage falscher Zertifikate zu Einbürgerungen kam, ist nicht bekannt. Seit 2015 wurden in Bayern knapp 250 000 Menschen eingebürgert. Mit der deutschen Staatsangehörigkeit sind zentrale Rechte wie das Wahlrecht verbunden. Sie kann nur in wenigen Ausnahmefällen entzogen werden. Die Forderung sei eine „Ergänzung“ zum AfD-Konzept der „Remigration“, also der Massenabschiebung Geflüchteter, hieß es auf der Pressekonferenz.

Auch bei der Klima- und Energiepolitik schlägt die AfD einen rigorosen Weg vor, zum Beispiel einen „sofortigen Bau- und Genehmigungsstopp von Windkraft- und PV-Anlagen auf land- und forstwirtschaftlichen Flächen“. Das bayerische Klimaschutzgesetz soll nach dem Willen der AfD-Fraktion abgeschafft und die Energiewende beendet werden. Stattdessen fordert sie eine Rückkehr zur Kernkraft und zum Import von russischem Gas über die Nord-Stream-Pipelines. Die letzten deutschen Atomkraftwerke gingen 2022 vom Netz und werden zurückgebaut. Eine Reaktivierung, etwa von Isar 2 in Niederbayern, halten Experten und Betreiber für ausgeschlossen. Die Reparatur der gesprengten Nord-Stream-Gasleitungen könnte nach Schätzungen eine halbe Milliarde Euro kosten.

Mit Blick auf die Kommunalwahl am 8. März strebt Ebner-Steiner ein landesweites Ergebnis von mindestens 15 Prozent an. In den Stadt- und Gemeinderäten wolle man „zum Partner“ anderer Parteien werden. „So werden wir die Brandmauer dann Schritt für Schritt aufbröckeln.“

© SZ - Rechte am Artikel können Sie [hier](#) erwerben.



Teilen



Feedback



Drucken

Exklusiv Forsa-Erhebung

AfD mit Umfrage-Höchstwert in Bayern – Söder verliert

In einer Forsa-Umfrage erreicht die Rechtsaußen-Partei das beste, jemals von klassischen Instituten gemessene Ergebnis im Freistaat. Derweil verlieren die FW und die CSU rutscht deutlich unter ihre Zielmarke – und immer mehr Menschen sind unzufrieden mit dem Ministerpräsidenten.

SZPlus Von Andreas Glas, Thomas Balbierer

*Lesen Sie mehr zum Thema*

Politik Bayern

Bayern

AfD Bayern

Bayerischer Landtag

VERLAGSANGEBOT

SZ Stellenmarkt**Entdecken Sie attraktive Jobs**

In anspruchsvollen Berufsfeldern im Stellenmarkt der SZ.

Medizin, Gesundheit & SozialesTech. Entwicklung & KonstruktionConsulting & BeratungMarketing, PR & WerbungFahrzeugbau & ZuliefererIT/TK SoftwareentwicklungTech. Management & ProjektplanungVertrieb, Verkauf & HandelForschung & Entwicklung**Jetzt entdecken →**Sie möchten die digitalen Produkte der SZ mit uns weiterentwickeln? Bewerben Sie sich jetzt! [Jobs bei der SZ Digitale Medien](#)

ANZEIGE

GUTSCHEINE**SZ**
Gutscheine**Gutscheine & Angebote**
Die besten Rabatte im Überblick! **GALERIA****GALERIA**
Exklusiver 30%
Gutschein**ebay****eBay**
15% Gutschein auf neue
Marken**OTTO****OTTO**
20€ Gutschein sichern**TAKH**
Exklusiver
Gutschein**Zur SZ-Startseite****Süddeutsche Zeitung****SZ Abonnements:**[AGB](#)[Datenschutz](#)[Datenschutz-Einstellungen](#)[Abo kündigen](#)**Vertrag mit Werbung:**[Vertragsbedingungen](#)[Datenschutz](#)[Cookie-Policy](#)[Vertrag mit Werbung kündigen](#)[Widerruf nach Fernabsatzgesetz](#)[Widerspruch](#)

[Utiq verwalten](#)

[Kontakt und Impressum](#)

[Infos zur Barrierefreiheit](#)